

Lübecker Erklärung

„Hochschulen und Nachhaltigkeit“

I. Herausforderung

Das Leitbild der Nachhaltigkeit gilt seit der Verabschiedung der „Agenda 21“ auf der Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ in Rio de Janeiro 1992 als Handlungsrahmen für eine neue globale Entwicklungsperspektive, die ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Aspekte eng miteinander verknüpft. Für die Hochschulen stellt das Leitbild der Nachhaltigkeit eine neue Herausforderung dar: Sie müssen, um ihren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft zu leisten, nicht nur in der Forschung, sondern auch in der Lehre spezialisierte Fachkompetenz und problemorientierte, systemische und integrierte Bearbeitungs- und Betrachtungsweisen verbinden. Dies erfordert auch neue fächerübergreifende, interdisziplinäre Forschungs- und Lehrstrukturen. Zugleich müssen sie sich zu einem nachhaltig konsistenten Lebens- und Arbeitsort entwickeln. Bereits 1994 hat die Europäische Rektorenkonferenz die COPERNICUS-Charta verabschiedet, die eine Orientierung der Hochschulen am Leitbild der Nachhaltigkeit fordert.

Die deutschen Hochschulen stehen seit geraumer Zeit vor einer weiteren Herausforderung. Spätestens seit die europäischen Bildungsminister sich 1999 in ihrer „Bologna-Erklärung“ auf die Einführung eines Systems vergleichbarer Abschlüsse verständigt haben, ist Bewegung in die Hochschulentwicklung gekommen. An Universitäten und Fachhochschulen werden die traditionellen Diplom- und Magisterstudiengänge auf Bachelor- und Masterprogramme umgestellt. Nachhaltige Entwicklung soll in diesem Reformprozess eine besondere Rolle spielen, wie die europäischen Bildungsminister auf ihrer Konferenz in Bergen im Mai 2005 in ihrem Abschlusskommuniqué festgehalten haben (Europäischer Qualifikationsrahmen).

Seit dem Frühjahr 2005 spielt ein neues politisches Dokument zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung eine wichtige Rolle: Die Strategie und das Aktionsprogramm der United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (UNECE Strategy for Education for Sustainable Development). Das Ziel der UNECE-Strategie ist, die Mitgliedsstaaten zu ermutigen, Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in ihre formalen Bildungssysteme, in alle relevanten Fächer sowie in die non-formale und in die informelle Bildung zu integrieren. Dadurch sollen Menschen mit Wissen über und Fähigkeiten für eine nachhaltige Entwicklung ausgestattet werden und ihre Chancen erhöhen, sich für ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit der Natur und unter Berücksichtigung sozialer Werte, Geschlechtergerechtigkeit und kultureller Vielfalt einzusetzen. Eine Konkretisierung erfährt diese Strategie durch die Weltdekade der Vereinten Nationen „Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005-2014)“, die das Ziel verfolgt, Nachhaltigkeit als ein zentrales Element in Bildungsprozessen zu verankern, so auch in der Hochschulbildung.

In der norddeutschen Hochschullandschaft sind diese Herausforderungen in unterschiedlicher Art und Weise aufgegriffen worden. Die verschiedenen Aktivitäten reichen von Ökologisierungprozessen ganzer Hochschulen (z.B. Lüneburg) über die Einrichtung von Arbeitsgruppen zur nachhaltigen Entwicklung der Hochschulen (z.B. HAW Hamburg, FH OOW Emden) bis hin zur Verankerung von Nachhaltigkeit in Zielvereinbarungen zwischen Ministerium und Hochschulen sowie der Auflage entsprechender Förderprogramme (z.B. Schleswig-Holstein). Darüber hinaus gibt es vielfältige Ansätze der Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in einzelnen Forschungsprojekten wie auch in Studienprogrammen und in Konzepten der wissenschaftlichen Weiterbildung. In diesem Kontext kooperieren Einrichtungen von Hochschulen in regionalen und überregionalen Nachhaltigkeitsnetzwerken.

Gleichwohl findet an den meisten Hochschulen bislang keine systematische Auseinandersetzung mit der Frage statt, wie sie sich den Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung in Forschung, Lehre und Transfer stellen wollen. Auch auf politischer Ebene spielt das Leitbild der Nachhaltigkeit in der strategischen Ausrichtung bundesdeutscher und länderspezifischer Hochschulpolitik noch keine tragende Rolle für den Erfolg des Hochschulstandorts Deutschland. Die Gründe hierfür liegen u.a. in der Thematik, die in weiten Bereichen noch zu unpräzise und in der Öffentlichkeit wenig präsent ist. Diese Lücke will die Lübecker Erklärung mit nachfolgenden Konsequenzen mit konkreten Handlungsvorschlägen schließen.

II. Konsequenzen

Vor diesem Hintergrund wird angeregt, in den Hochschulen und in der Politik einen vertieften Selbstprüfungsprozess zu beginnen, der folgenden Aspekten besondere Geltung verschaffen und auf dieser Grundlage konkrete Maßnahmen bewirken soll:

- Im Diskurs mit der Gesellschaft ist durch verstärkte Bildung und Wissensvermittlung die Fähigkeit zur Teilnahme an den Orientierungsprozessen für mehr Nachhaltigkeit zu stärken. Hochschulen sollen ihren Studierenden Kompetenzen vermitteln, die es ihnen ermöglichen, in globaler Verantwortung eine lebenswerte Zukunft für die heutige und die kommende Generationen zu gestalten und ihre Kompetenz zu interkultureller Verständigung und Kooperation zu stärken. Bis zum Jahr 2010 sollen alle norddeutschen Hochschulen in ihre Studienprogramme Aspekte nachhaltiger Entwicklung integriert haben. Die Lehrenden sind durch geeignete Zielvereinbarungen und Fortbildungsmaßnahmen auf diese Aufgabe vorzubereiten.
- Die Hochschulen sollen selbstkritisch ihr inter- und transdisziplinäres Potenzial überprüfen und im Diskurs mit anderen Einrichtungen zum Vergleich bringen. So erst können die relevanten Forschungsfelder und Forschungsstrategien für die Zukunft ermittelt werden. Komplexe Wechselwirkungen zwischen Mensch und Umwelt sowie die globalen Probleme des menschlichen Zusammenlebens sind nur sinnvoll zu erforschen und zu bearbeiten, wenn sich die Geistes-, Sozial- und Verhaltenswissenschaften mit den Natur- und Technikwissenschaften stärker verbinden. Hierzu sind in-

ter- und transdisziplinär angelegte Modellprogramme unverzichtbar, die bis zum Jahre 2010 einer Zwischenauswertung zu unterziehen sind.

- Vor dem Hintergrund ihres jeweiligen Profils sind die Hochschulen aufgefordert, bis zum Jahr 2007 unter breiter Beteiligung ihrer Mitglieder ein Konzept und einen Umsetzungsplan zur Nachhaltigkeit entwickeln. Dieser Prozess ist an den einzelnen Hochschulen so zu verankern, dass Nachhaltigkeit ein fester Bestandteil im Selbstverständnis der Hochschulen bis zum Jahr 2010 wird.
- Unter dem Gesichtspunkt einer auf Nachhaltigkeit orientierten Bildung und Ausbildung sind die Lehrstrukturen für die Bachelor- und Masterstudiengänge ebenso wie für weiterführende akademischen Ausbildungsgänge (Promotion) auf inter- und transdisziplinäre Vernetzung und die Erziehung zu Selbständigkeit und globaler Verantwortung auszurichten. Nachhaltigkeit wird dabei zur Schlüsselkompetenz, die nicht nur additiv, sondern integriert in den Wissenschaftsdisziplinen zu vermitteln ist. Bei der Akkreditierung von Studienprogrammen und bei den Forschungsevaluationen ist Nachhaltigkeit als maßgebliches Kriterium aufzunehmen. Hierzu sind Gespräche mit dem Akkreditierungsrat bzw. Wissenschaftsrat aufzunehmen.
- Die regionale und überregionale Kooperation mit zukunftsorientierten Kräften in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ist entschieden zu stärken. Dabei müssen Globalität und Nachhaltigkeit zu Kriterien möglicher Kooperationen werden. Die Hochschulen sind aufgefordert, regionale und überregionale Nachhaltigkeitsnetzwerke zu initiieren, zu betreiben bzw. weiter zu entwickeln. Bis zum Jahr 2010 sollen an jedem Hochschulstandort tragfähige Netzwerke etabliert sein.
- Die Hochschulleitungen werden aufgefordert, die Ziele der nachhaltigen Bildung und Wissensvermittlung explizit in die Hochschulentwicklungspläne aufzunehmen und konkrete Umsetzungsschritte einzuleiten. Im Rahmen eines geeigneten Controllingverfahrens sind die Fortschritte zu dokumentieren.
- Soweit dies noch nicht geschehen ist, werden die norddeutschen Wissenschaftsminister und –senatoren aufgefordert, die Ziele der nachhaltigen Bildung und Wissensvermittlung explizit in die Zielvereinbarungen mit den jeweiligen Hochschulen aufzunehmen. Dabei sollen die Ziele anhand prüfbarer Kriterien beschrieben werden und die Zielerreichung in die Verteilung der Anreizmittel einfließen.
- Um den Umsetzungsprozess in den Hochschulen der Norddeutschen Länder mit Nachdruck zu unterstützen und nach Möglichkeit auch zu koordinieren, werden die norddeutschen Wissenschaftsminister und –senatoren gebeten, im Rahmen der Konferenz der Norddeutschen Wissenschaftsminister und –senatoren (KdNW) eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertretern der Hochschulen und der zuständigen Ministerien zu bilden, die regelmäßig über die Fortschritte berichtet.

- Die zuständigen norddeutschen Ministerien sind aufgefordert, Anreize und Förderprogramme zu schaffen, die den Prozess der kritischen Selbstprüfung und der Auseinandersetzung mit Fragen der Nachhaltigkeit in Lehre, Forschung und Transfer, aber auch hinsichtlich der Veränderung der Institution selbst wirksam unterstützen können. Diese Programme sollen untereinander abgestimmt und bis zum Jahr 2010 in einer ersten Phase umgesetzt und evaluiert werden.
- Es ist von den zuständigen Ministerien ein Benchmarking der Hochschulen zu initiieren, das darüber Auskunft gibt, wie die Aspekte der Nachhaltigkeit in Forschung, Lehre und Transfer im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands und der EU wirksam sind. Dieses Benchmarking ist kurzfristig zu entwickeln und umzusetzen und bis 2010 hinsichtlich seiner Wirkungen zu analysieren.
- Die norddeutschen Wissenschafts- und Bildungsminister werden aufgefordert, die Ziele, Instrumente und Zwischenergebnisse zu „Hochschule und Nachhaltigkeit“ in geeigneter Form in der Öffentlichkeit zu präsentieren und zu kommunizieren. Hierzu ist im Jahr 2008 ein Kongress durchzuführen, auf dem das Erreichte diskutiert und dokumentiert sowie weitere Schritte erarbeitet werden sollen.

III. Appell

Mit der „Lübecker Erklärung“ ist die Erwartung verbunden, dass die kritische Selbstprüfung der Hochschulen und entsprechender Politikbereiche vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeit, wie es die UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ fordert, wieder zu einer stärkeren Selbstfindung und zur Freisetzung beträchtlicher Potenziale in Forschung, Lehre und Transfer führen wird. Gleichwohl beinhaltet diese Erklärung nicht den Versuch, den Hochschulen und der Politik den Weg in die Zukunft vorschreiben zu wollen.

Nachhaltigkeit braucht eine breite Verankerung an den Hochschulen. Daher müssen alle Hochschulangehörigen mehr Verantwortung für ihre Institutionen übernehmen, damit sie zu *ihrer* Angelegenheit wird. Wenn Hochschulangehörige ihre Aufgabe im Horizont einer Weltgesellschaft im Wandel begreifen, wird die Hochschule der offene Ort einer ideenreichen Zukunftswerkstatt sein. Selbständigkeit und Selbstreflexion werden dann in ihr ebenso zu Hause sein wie ein verantwortungsvoller Umgang mit dem hohen öffentlichen Gut Wissenschaft.

Die norddeutschen Hochschulen sind aufgefordert, sich in ihren Gremien mit der Lübecker Erklärung zu befassen und daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.